

## Atomenergie abwählen: Frauen wählen atomstromfrei!

Kaum zu glauben: Auch bei der Bundestagswahl am 27. September wird wieder über die Zukunft der Atomenergie abgestimmt obwohl es einen gültigen Vertrag gibt, den die Energieversorger ausgehandelt und unterzeichnet haben. Die Mehrheit der Frauen lehnt Atomenergie ab, das sollte sich auch im Wahlergebnis der Bundestagswahl 27. September zeigen. Mit ihrer Wahl können Frauen darüber entscheiden, wie unsere atompolitische Zukunft aussieht. Daher unser Aufruf:

Gehen Sie zur Wahl und entscheiden Sie über unser Zukunft, wählen Sie Atomenergie ab! Sie ist kein Beitrag zum Klimaschutz, sondern verhindert den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien.

**Frauen wählen atomstromfrei**

genannt hat die Positionen zur Atomenergie und der Entsorgung des Atommülls der fünf größten zu Wahl stehenden Parteien zusammen gestellt, damit Sie atomstromfrei wählen können:

**CDU und CSU** sprechen sich deutlich für Laufzeitverlängerungen von AKW aus. Sie lehnen den Neubau von Atomkraftwerken ab, wollen allerdings zu Kernenergie forschen. Kernenergie sei vorerst unverzichtbar und eine Brückentechnologie, Klimafreundliche und kostengünstige Alternativen seien noch nicht in ausreichendem Maße verfügbar. Sie fordern eine sofortige Aufhebung des Moratoriums zur Erkundung des Salzstocks in Gorleben als Endlagerstandort.  
Auszüge aus dem Wahlprogramm

Die **SPD** will den von ihr mit vereinbarten Atomausstieg bis 2021 beibehalten. Die Nutzung der Atomenergie berge zu große Risiken und die Frage der Endlagerung des Atommülls sei bis heute ungelöst, so ihr Regierungsprogramm. Bei der Endlagersuche für radioaktiven Abfall will die SPD ein ergebnisoffenes und an internationalen Standards ausgerichtetes Auswahl- und Vergleichsverfahren, um den bestmöglichen Standort in Deutschland zu finden. Es dürfe keine politische Vorentscheidung für Gorleben als Endlager geben. Auszüge aus dem Wahlprogramm

## Frauen gegen Atom: Atomenergie abwählen

Die **FDP** fordert in ihrem Wahlprogramm Laufzeitverlängerungen von AKW und spricht sich gegen den Atomausstieg aus, da die Kernenergie als Übergangstechnologie gebraucht werde. Neben der Erforschung und Förderung der erneuerbaren Energien soll auch in Kernenergieforschung investiert werden. Als Endlager für den radioaktiven Abfall zieht die FDP weiterhin den Salzstock in Gorleben in Betracht und fordert, das Moratorium zur Erkundung des Salzstocks als möglichen Endlagerstandort aufzuheben. [Auszüge aus dem Wahlprogramm](#)

**Die Linke** spricht sich in ihrem Wahlprogramm für die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomkraftwerke sowie ein Verbot des Exports von Atomtechnik aus, denn die Atomkraft berge unverantwortlich hohe Risiken. Zudem sei eine sichere Endlagerung von Atommüll für eine Million Jahre und mehr nicht zu gewährleisten, die Endlagerstandorte Gorleben und Schacht Konrad will die Linke aufgeben und nach neuen Standorten suchen. [Auszüge aus dem Wahlprogramm](#)

**Bündnis90/Die Grünen** wollen am vereinbarten Atomausstieg festhalten. Sie wollen außerdem, dass die besonders riskanten Meiler vorzeitig vom Netz gehen. Die derzeitige Diskussion um Laufzeitverlängerungen diene nur dazu, dass E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall sich mit ihren "abgeschriebenen und veralteten Kraftwerken eine goldene Nase" verdienen könnten. Der Weiterbetrieb von Atomanlagen würde außerdem den Ausbau erneuerbarer Energien behindern. Die Grünen fordern ein Endlagersuchgesetz für ein ergebnisoffenes Suchverfahren nach einem geeigneten Endlagerstandort. Mit Hilfe einer Brennelementesteuer sollen die Kosten der Atomenergie der Atomwirtschaft auferlegt werden. [Auszüge aus dem Wahlprogramm](#)